

DAS ANDERE ISRAEL

Stimmen progressiver Kräfte
der israelischen Opposition zu
Politik und Gesellschaft

Vereinte Europäische Linke • Nordische Grüne Linke



FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

GUE/NGL
www.guengl.eu

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

מחזירים את
מדינת הדווחה

DAS ANDERE ISRAEL

Stimmen progressiver Kräfte
der israelischen Opposition zu
Politik und Gesellschaft

Vereinte Europäische Linke • Nordische Grüne Linke



FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

GUE/NGL
www.guengl.eu



INHALT

Kämpfe und Solidarität der Linken in Israel und Europa Martina Michels, MdEP	5
I. PROGRESSIVE DISKURSE ZUR WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN SITUATION	
Nicht wirklich eine Start-up-Nation Shlomo Swirski	10
Die Rechten instrumentalisieren unsere Not Shula Keshet	14
Stereotype und Missverständnisse durchbrechen Dina Gardashkin	17
Gegen die Fragmentierung unserer Kämpfe Aida Touma-Suleiman	19
Die Verantwortung, verantwortungsvoll zu erinnern Dr. Michal Govrin	22
II. DISKRIMINIERUNG, BESATZUNG UND FRIEDEN	
Wir fordern Gleichheit! Haya Noach	26
Geteilte Stadt, geteiltes Recht Sarit Michaeli	29
Das Nationalstaatsgesetz spaltet Israel Tsafir Cohen	32
Alternative Medien – alternative Lösungsansätze Haggai Matar und Meron Rapoport	35
Netanjahu und Trump führen uns in den Abgrund! Dov Khenin	39

III. WANDEL VON INNEN HERAUS: SOZIALE BEWEGUNGEN UND PARTEIEN

Die Gemeinsame Liste Hana Amoury, Tsafirir Cohen und Yossi Bartal	44
Meretz Mossi Raz	47
Standing Together Uri Weltman	49
Combatants for Peace Chen Alon	52
Breaking the Silence Yuli Novak	54
Nachwort: Die EU und Israel Nora Schüttpelz	56
Impressum	60

KÄMPFE UND SOLIDARITÄT DER LINKEN IN ISRAEL UND EUROPA

Vorwort

MARTINA MICHELS

Das Verhältnis vieler Linker zu Israel ist zweifelsfrei schwierig. Es bewegt sich im Spannungsfeld zwischen dem konsequenten Kampf gegen Antisemitismus und dem kritischen Hinterfragen der offiziellen Regierungspolitik. Äußert man sich politisch zu Israel, ergibt sich verständlicherweise von der einen oder anderen Seite Widerspruch oder Unverständnis.

Oft genug wird der Nahostkonflikt auf den scheinbar unlösbaren Konflikt zwischen Israel und Palästina reduziert. Überdies wird dann zumeist der Fokus entweder auf die untragbare humanitäre Lage gelegt, unter der Palästinenser*innen im Gazastreifen und im Westjordanland leiden – oder auf die besonderen Sicherheitsprobleme, denen sich Israel gegenüber sieht. Unbeachtet bleibt zumeist die Situation der arabischen palästinensischen Israelis und anderer Minderheiten, ebenso der Widerstand innerhalb der israelischen Gesellschaft. Wer aber Israel verstehen und die ausstehende Friedenslösung aktiv unterstützen will, kommt neben den regionalen und internationalen Einflüssen auf Israels Politik um eine Beschäftigung mit der konkreten innenpolitischen Situation Israels und seiner Geschichte nicht herum.

In meiner Eigenschaft als Mitglied der ständigen gemeinsamen parlamentarischen Delegation von Europarlament und israelischer Knesset habe ich mich intensiver mit den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, den ökonomischen und sozialen Konflikten beschäftigt, wollte Hände reichen, verstehen und vor allem lernen, wie Demokratie in Israel erkämpft und gelebt wird. Mehrfach bereiste ich das Land und traf Vertreter*innen der israelischen Opposition, sprach mit NGOs, Initiativen und Interessengruppen. Nach zahlreichen Begegnungen vor Ort nahm das Bild einer differenzierten israelischen Gesellschaft Kontur an. Israel ist viel mehr als die Politik der Netanjahu-Regierung und der Eliten, die Demokratieabbau und Identitätspolitik stützen und dabei Minderheiten, die arabische Bevölkerung und linke Opposition ausbremsen, diskriminieren und kriminalisieren.

Die vertiefende Beschäftigung mit der Zivilgesellschaft in Israel hat mich und mein Team veranlasst, dieses Buch zu veröffentlichen. Welche Themen prägen die innenpolitischen Konflikte? Mit welchen Mitteln und Projekten verschaffen sich israelische Oppositionelle Gehör? Wie lässt sich ein anderes, ein realistisches Bild über die israelische Gesellschaft im Widerspruch zur offiziellen Regierungspolitik entwerfen? Diese Fragen werden die Leserin und den Leser durch die Artikel in diesem Band begleiten. Entlang unserer Besuchsprogramme kommen hochinteressante Gesprächspartner*innen mit ihren Auffassungen selbst zu Wort. Ob in den von der Zerstörung bedrohten Beduinendörfern, in den arabischen Vierteln Ostjerusalems, in Frauenprojekten in Tel Aviv, in Arbeitslosenzentren oder in der Knesset – überall trafen wir auf engagierte Kämpferinnen und Kämpfer für Menschenrechte, Demokratie und Frieden.

Neben der großen palästinensischen Minderheit im Land (die heute 20 Prozent der israelischen Staatsbürger*innen stellt und schon vor der Staatsgründung dort lebte) wanderten inzwischen hunderttausende Jüdinnen und Juden aus Asien und Afrika ins Land ein und machen heute etwa die Hälfte der jüdischen Bevölkerung aus. Der genauere, kritische Blick nach Israel – gerade im 70sten Gründungsjahr – zeigt gesellschaftliche Kämpfe, ökonomische und soziale Konflikte, Unterschiede im Demokratieverständnis und nicht zuletzt und unübersehbar einen entscheidenden Teil des Nahost-Konflikts und die damit verbundene Frage des Verhältnisses zwischen Israel und Palästina. Wir werfen ohne Anspruch auf Vollständigkeit einen Blick ins Innere der israelischen Gesellschaft, lassen diejenigen zu Wort kommen, die Grundrechte und Gleichheit für alle einfordern, die sich kritisch mit Geschichte und Gegenwart staatlicher Politik beschäftigen. Es sind jene Kräfte, die danach streben, eine neue wirtschaftliche Grundlage und Gesellschaft aufzubauen, die nicht auf einer militärisch orientierten und dominierten Wirtschaftsweise, sondern auf einer friedlichen Wirtschaftspolitik beruht.

Es ist Teil unseres politischen Projekts der GUE/NGL - Fraktion im Europäischen Parlament, Stimmen und Gesichter linker Akteure in Israel auch hier in Europa lauter und sichtbarer zu machen. Solidarität ist dabei der Kern der Zusammenarbeit der europäischen und israelischen progressiven Kräfte. Aus parlamentarischer Perspektive ist die „Joint List“ (Gemeinsame Liste) hervorzuheben, die als relativ junge Fraktion in der israelischen Knesset ihren Platz gefunden hat und mit der wir in der sich dem Ende zuneigenden Legislaturperiode eine stabile Zusammenarbeit aufgebaut haben.

Natürlich sind solche Reisen nur Teil meiner Arbeit als einzige linke Vertreterin in der „Parlamentarischen Delegation des Europaparlaments

für die Beziehungen zu Israel“. Zur Abgeordnetentätigkeit gehören Beratungen, Plenarreden, Gespräche in Berlin, Brüssel und Strasbourg. In meiner Arbeit gibt es dabei zwei wesentliche Grundpositionen: 1. Das Existenzrechts Israels ist unverhandelbar und der Kampf gegen Antisemitismus muss unser Handeln bestimmen. 2. Wir unterstützen eine Zwei-Staaten-Lösung auf der Grundlage der Grenzen von 1967 mit einem unabhängigen, lebensfähigen und zusammenhängenden, demokratischen Staat Palästina, mit Ostjerusalem als Hauptstadt, Seite an Seite und in friedlicher Nachbarschaft mit einem demokratischen Staat Israel. Die völkerrechtswidrige Besatzungs- und Siedlungspolitik Israels ist zu beenden, und Minderheiten sind zu schützen. Gegenwärtig spielt die kritische Analyse des höchst umstrittenen neuen Nationalstaatsgesetzes, welches leider zur Konfliktverschärfung beitragen wird, eine große Rolle. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen aus unserer Sicht ihr Engagement als Vermittlerinnen friedlicher Lösungen in den verschiedenen Konflikten im Nahen Osten verstärken.

Mein ausdrücklicher Dank gilt dem Tel Aviv-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung, deren Engagement viele Gespräche und Treffen ermöglichte.

Weitere Reden und Stellungnahmen unserer Fraktion GUE/NGL zu politischen Ereignissen im Nahen Osten sind auf der Internetseite der Linken im Europaparlament www.dielinke-europa.eu abrufbar. Bei Fragen und Anregungen kontaktieren Sie uns per E-Mail, Facebook oder Brief.

Martina Michels

Mitglied im Europäischen Parlament
Oktober 2018



I. PROGRESSIVE DISKURSE ZUR WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN SITUATION IN IS

**Protest von Geflüchteten
für die Anerkennung
ihres Flüchtlingsstatus
und die Schließung des
Internierungslagers Cholot
im Negev, Tel Aviv 2014.
Foto: Activestills**

A halftone photograph of a protest. In the foreground, a person's fist is raised high. In the background, a crowd of people is visible, and a police officer in uniform is seen on the right side. The image has a green tint and a halftone dot pattern.

R CHEN I SRAEL

NICHT WIRKLICH EINE START-UP-NATION

Gerne sieht sich Israel als hoch entwickeltes Land – die soziale Kluft und wachsende Armut zeigen jedoch ein anderes Bild

SHLOMO SWIRSKY

Israel gehört zu der Gruppe von Ländern, die sich selbst als entwickelt definieren. Im Jahr 2010 wurde Israel in die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), den renommierten „Club der reichen Länder“, aufgenommen. Mit einem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 33.200 US-Dollar landete es im Jahr 2014 auf Platz 21 unter den 34 OECD-Mitgliedern (Deutschland nahm mit 46.394 US-Dollar Platz 8 ein).

Israel hat technologisch hochmoderne Industrien und Dienstleistungsunternehmen, was dem Land das Image einer „Start-up-Nation“ eingebracht hat. Doch die israelische Wirtschaft versagt beim Schaffen von Arbeitsplätzen mit angemessener Bezahlung für einen großen Teil der Bevölkerung. Fast 20 Prozent aller israelischen Haushalte liegen dem Einkommen nach unter der Armutsgrenze. Etwa 30 Prozent der Erwerbstätigen erhalten den Mindestlohn oder noch weniger, und weitere 40 Prozent kommen auf das offizielle und niedrige Durchschnittseinkommen oder liegen darunter. Investitionen sind auf wenige Regionen beschränkt, nur eine Autostunde von Tel Aviv entfernt kommt kaum mehr etwas davon an. Und diejenigen Palästinenser*innen, die im Jahr 1948 israelische Staatsbürger*innen wurden, kommen so gut wie nie in den wirtschaftlichen Entwicklungsplänen der Regierung vor.

Wie lassen sich diese offensichtlich widersprüchlichen Indikatoren erklären? Zunächst einmal sind die Hightech-Industrien nicht wirklich repräsentativ für die gesamte Nation, da hier nicht mehr als acht Prozent der zivilen Erwerbstätigen in Israel beschäftigt sind. Es ist ein exklusiver Club, zu dem die meisten Israelis keinen Zugang haben. Zudem ist das Gros der Wirtschaft in Israel in der Hand einer relativ kleinen Zahl von

Kapitalbesitzer*innen: Der Marktanteil der zehn größten Unternehmensgruppen in Israel beläuft sich auf 30 Prozent – dies ist eine der höchsten Konzentrationen in der westlichen Welt und ist zu einem beträchtlichen Teil auf die neoliberale wirtschaftspolitische Wende zurückzuführen, die in Israel etwa im Jahr 1985 einsetzte.

Mit der schrittweisen Umsetzung dieser Agenda ging damals das Versprechen größerer Investitionen und höheren Wirtschaftswachstums einher. Allerdings waren die Ergebnisse für die meisten Israelis enttäuschend. Parallel dazu kam es zu einer Schwächung der Verhandlungsposition der Arbeiterschaft in Israel. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad, der in den 1950er und 1960er Jahren noch bei 70 Prozent gelegen hatte, ist auf 25 bis 30 Prozent gesunken. Die Histadrut, früher einer der stärksten Gewerkschaftsverbände weltweit, wurde ihrer Macht beraubt. Der Bedeutungsverlust der Gewerkschaften und die rückläufige Teilhabe der Arbeitnehmer*innen am Nationaleinkommen führten zu einer schrumpfenden Mittelschicht.

Darüber hinaus gibt es einen engen Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung in Israel und dem anhaltenden Konflikt in den besetzten Gebieten. Im Gegensatz zu den ökonomischen Systemen in den meisten anderen industrialisierten Ländern ist die israelische Volkswirtschaft nicht nur anfällig für globale Wirtschaftskrisen, sondern litt zudem in den vergangenen Jahren immer wieder auch unter den Auswirkungen von gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Palästinenser*innen.

Die Besetzung hat wirtschaftlich und sozial vielfältige Auswirkungen. Einerseits profitieren viele israelische Unternehmen, insbesondere die Militärindustrie (militärische Produkte machen rund zehn Prozent des gesamten Warenexports aus), vom Zugewinn an Know-how, an Erfahrung und Prestige ihrer Erzeugnisse. Sie können ihre militärischen Produkte mit dem Bonus verkaufen, dass diese bereits in Zusammenstößen der israelischen Armee mit den Palästinenser*innen getestet wurden. Aber diese Gewinne verblassen angesichts des großen Schadens, den der Rückgang wirtschaftlicher Aktivitäten in Kriegs- und Konfliktzeiten der israelischen Ökonomie als Ganzes zufügt.

Dazu kommen die hohen fiskalischen Kosten der jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten. Ideologie ist eine Frage der Geografie, und in unserem Fall endet die Ideologie des freien Marktes, die im Jahr 1985 in Israel Einzug hielt, just an der Grünen Linie. Alle Siedlungsprojekte jenseits der Grünen Linie wurden und werden von allen israelischen

Regierungen massiv aus Steuergeldern unterstützt, das gilt sowohl für Gelder im zivilen Bereich als auch für Militärausgaben, einschließlich der starken Präsenz der Armeeeinheiten und Sicherheitsdienste, die die Siedlungen schützen.

Auszüge aus dem Artikel „Nicht wirklich eine Start-up-Nation“ erschien zuerst auf der Webseite der Rosa-Luxemburg-Stiftung Tel Aviv im Jahr 2017.

Dr. Shlomo Swirski ist Mitbegründer und wissenschaftlicher Leiter des Adva Zentrums, das sich mit dem Thema soziale Ungleichheit beschäftigt, und einer der führenden Soziologen und sozialpolitischen Aktivisten in Israel. Seine wegweisenden Studien aus den 1970er Jahren über den Zusammenhang von ethnischen Gruppen und Klassenstruktur in Israel eröffneten neue Forschungsrichtungen in der israelischen Soziologie.



**Protestcamp gegen die Räumung des Givat
Amal-Viertels. Die betroffenen Familien wurden
1947 dort angesiedelt und sollen nun einem
Neubauprojekt weichen, Tel Aviv 2014.
Foto: Activestills**

DIE RECHTEN INSTRUMENTALISIEREN UNSERE NOT

In Süd-Tel Aviv werden arme Anwohner gegen afrikanische Geflüchtete ausgespielt

SHULA KESHET

Als jemand, die in Süd-Tel Aviv geboren wurde, betrachte ich die Ghettoisierung unserer Wohngegend und den Versuch, alle Arbeitsmigrant*innen und Asylsuchenden bei uns unterzubringen, als ein Grundelement der städtischen und staatlichen Politik. Für die bürgerliche Linke, die den Geflüchteten Hilfe leistet, ist es ganz natürlich, dass diese Menschen ausschließlich in unserer Gegend wohnen. In ihren Augen sind die alteingesessenen und armen Anwohner*innen von Süd-Tel Aviv unsichtbar. Wir kritisieren diese Einstellung. Unsere Aktivitäten richten sich gegen diese Politik des „Teile und Herrsche“, egal, ob sie von den Linken oder von den Rechten kommt.

Nachdem bürgerliche Linke die Ansiedlung von Geflüchteten in unserer Gegend unterstützten, warf die Rechte ihnen vor, die Not der alten Anwohner*innen zu ignorieren. Die Rechten behaupteten, unsere Not ernst zu nehmen. Aber sie haben diese Not instrumentalisiert, um zu sagen, dass die Abschiebung der Geflüchteten eine Sanierung der Nachbarschaft fördern würde. Selbst Netanjahu erklärte, er deportiere die „Eindringlinge“ im Namen der Anwohner*innen von Süd-Tel Aviv. Das kann ich und das können viele andere Anwohner*innen des Südens nicht akzeptieren!

Als die Abschiebepläne bekannt gegeben wurden, haben wir sofort eine Kampagne auf den Weg gebracht – „Süd-Tel Aviv gegen die Deportation“ mit riesigen Demonstrationen und Aktionen im ganzen Land. Unsere Botschaft war aber komplexer. Zuerst stellten wir uns gegen die Abschiebung und forderten eine legale Migrationspolitik. Außerdem forderten wir ein landesweites Aufnahmeprogramm, auch in wohlhabenden Wohnorten. Es ist ungerecht, unsere Wohngegend zum Zentrum von Drogen- und Frauenhandel zu machen und die alleinige Schuld dafür den afrikanischen Geflüchteten

zu geben. Die Sanierung unserer Nachbarschaften wird nicht die Folge der Deportation sein, weil etwas Gutes nie durch ein Unrecht entsteht.

Wir thematisieren zudem die Vertreibung von Mizrachi-Familien (Mizrachim bedeutet „orientalisch“ und bezeichnet die aus Asien und Afrika stammende jüdische Israelis) durch Gentrifizierung – diese sogenannte Stadterneuerung, die uns verdrängt. Die Grundstücke werden an die Superreichen zum Bau von Luxustürmen verkauft und die Mizrachi-Familien, die dort seit Jahrzehnten leben, werden als Eindringlinge bezeichnet und rausgeworfen. So haben wir die unterschiedlichen Kämpfe miteinander verbunden und zeigen, wie die Verfilzung von Politik und Kapital die schwarze Stadt zur weißen Stadt machen will – natürlich für den Immobilienmarkt. Unsere Kampagne zeigt tatsächlich Wirkung. Die Behauptung: „Wenn du für Süd-Tel Aviv bist, dann musst du auch für die Abschiebung sein und wenn du dagegen bist, bist du auch gegen Süd-Tel Aviv“, wurde von uns zerschlagen. Wir stellen eine Alternative dar – eine demokratische Gesellschaft, die Menschen als Menschen sieht.

Auszug aus dem Interview „Das Streben nach Gleichberechtigung verbindet uns jenseits der partikulären Identität miteinander“, das im Mai 2018 auf der Webseite der Rosa-Luxemburg-Stiftung Tel Aviv erschienen ist.

Shula Keshet engagiert sich seit Jahrzehnten als Künstlerin und soziale Aktivistin für die Rechte rassistisch diskriminierter Frauen, insbesondere aus Mizrachi Communities. Im Jahr 2000 gründete sie die Organisation „Achoti – für Frauen in Israel“, die Frauen unterschiedlicher Herkunft zusammenbringt, um sich gemeinsam für eine gerechtere Gesellschaft einzusetzen.



**Shula Keshet auf einer Demonstration gegen
Abschiebung in Süd-Tel Aviv, 2017.
Foto: Activestills**

STEREOTYPE UND MISSVERSTÄNDNISSE DURCHBRECHEN

Durch binationale Begegnungen werden
tiefsitzende Vorurteile abgebaut

DINA GARDASHKIN

Bei mir geschah es beinahe zufällig, dass ich Palästinenser*innen kennenlernte: Ich hatte mich während des Studiums entschieden, an einem Dialogkurs teilzunehmen, der von der Organisation Sadaka-Re'ut geleitet wurde. Es war das erste Mal, dass ich eine politische Diskussion mit Palästinenser*innen erlebte – ein echtes Gespräch, das nicht von Medien vermittelt wurde. Es ließ mich erkennen, wie wenig ich von der politischen Realität in meinem Land wusste.

Im darauffolgenden Sommer nahm ich an einem israelisch-palästinensischen Seminar in Deutschland teil. Dort habe ich – auch zum ersten Mal – Menschen meines Alters kennengelernt, die wegen der Besatzung ihres Grundrechts auf Freiheit und Würde beraubt worden waren. Wenn ich auf mein Leben zurückblicke, schäme ich mich, wie blind ich gegenüber dieser Unterdrückung war. Aber mein Beispiel zeigt auch, wie einfach es ist, als Israeli sein ganzes Leben zu durchlaufen, ohne diesen Zustand zu überdenken. Die Schulsysteme sind völlig getrennt, die Medien zeigen eine sehr voreingenommene, einseitige Erzählung über Palästinenser*innen. Und die Geschichte des Konflikts wird nur aus einer zionistischen Sichtweise erzählt. Verweise auf die palästinensische Nakba – die Entwurzelung von über 700.000 Palästinenser*innen im Jahr 1948 – fehlen sowohl in jüdischen als auch in arabischen Geschichtsbüchern.

Aufgrund meiner Erfahrungen beschloss ich, auch andere Israelis und Palästinenser*innen in direkten Begegnungen zusammenzubringen, um Stereotype und Missverständnisse zu durchbrechen. Deswegen engagiere ich mich bei Sadaka-Re'ut. Wir sind eine Bildungsorganisation, deren Ziel es ist, durch palästinensisch-jüdische Partnerschaft eine gerechte und gleiche Gesellschaft aufzubauen. Die Organisation wurde vor 35 Jahren von Studierenden gegründet, die die Trennung der beiden Nationalitäten überwinden

wollten. Im Laufe der Jahre hat sich die Organisation erweitert und arbeitet jetzt mit Jugendlichen, Studierenden und Lehrer*innen zusammen.

In den vergangenen Jahren habe ich als Co-Koordinatorin eines binationalen Projekts von Abiturient*innen gearbeitet. Jedes Projekt hat eine/n jüdische/n und eine/n palästinensische/n Koordinator*in. Wir durchlaufen ein Jahr Freiwilligenarbeit in arabischen und jüdischen Schulen und organisieren Sitzungen für den politischen Dialog. Wir beobachten, wie sich Ansichten verändern und wie die Wahrnehmung des Konflikts komplexer und informierter wird. Es ist sehr schwierig für jüdische Teilnehmende, sich mit diesem neuen Wissen über Unterdrückung und Ungleichheit in Israel auseinander zu setzen, denn es widerspricht allem, woran wir zu glauben gelernt haben.

Alte Denkmuster sind schwer zu durchbrechen. Letztendlich gibt uns aber dieser Paradigmenwechsel ein besseres Verständnis der Realität, selbst wenn es sich um sehr beunruhigende Fakten handelt. Er gibt uns aber auch neue Hoffnung für unser Leben in diesem Land, weil wir die andere Seite nicht mehr als ein Monster sehen, deren einzige Absicht es ist, uns ohne ersichtlichen Grund zu zerstören. Diese neue Perspektive lässt träumen von einer zukünftigen Lösung, in der sich beide Seiten sicher fühlen würden.

Auszug aus dem Artikel „Sadaka-Re’ut: 35 years of creating hope“ von Dina Gardashkin.

Dina Gardashkin ist Co-Vorsitzende der Organisation Sadaka-Re’ut, einer binationalen jüdisch-palästinensischen Organisation, die 1983 gegründet wurde und sich seitdem um die Förderung einer multikulturellen Gesellschaft bemüht. Sadaka-Re’ut ist der Überzeugung, dass eine echte arabisch-jüdische Partnerschaft möglich ist, wenn die fortlaufende Diskriminierung als solche anerkannt wird, die Verantwortung dafür übernommen und darauf hingearbeitet wird, diese zu beheben.

GEGEN DIE FRAGMENTIERUNG UNSERER KÄMPFE

Für einen Feminismus,
der die Schwächeren
in den Vordergrund stellt

AIDA TOUMA-SULEIMAN

Es besteht einen großen Unterschied zwischen dem bloßen Kampf für die rechtliche Gleichstellung von Frauen und einem feministischen Kampf, der in seinem Wesen ganzheitlich angelegt ist. Feministisches Denken bedeutet für mich, die Situation von Frauen gemeinsam mit den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen zu betrachten. In den vergangenen Jahren hat sich die israelische Frauenbewegung oft auf sehr spezifische, wenn auch wichtige Forderungen konzentriert, wie ein härteres Vorgehen gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz oder die Förderung von Frauen in Führungspositionen. Sie hat aber versäumt, das feministische Anliegen als Teil einer antifaschistischen Bewegung für mehr Demokratie und soziale Rechte zu konzipieren. Diese Verbindung ist jedoch dringend geboten für die erfolgreiche und nachhaltige Durchsetzung von Frauenrechten in der gesamten Gesellschaft.

Wo die Grundsätze der Demokratie gefährdet werden, sind auch Frauenrechte nicht mehr sicher. Selbst wenn die nationalistischen Angriffe derzeit nicht vornehmlich auf die Frauenbewegung gerichtet sind, schaffen sie eine Situation, in der das Beharren auf Freiheit und Gleichheit verdrängt und kriminalisiert wird. Das hat fatale Folgen auch für Frauenkämpfe. Damit wir als Frauen vorankommen, müssen wir zudem den Zusammenhang zwischen der Besatzungspolitik und dem militaristischen Machismo anerkennen. Ein Beispiel: Derzeit will die Netanjahu-Regierung mit dem Argument der öffentlichen Sicherheit die Regelung für den Waffenschein lockern. Wir von der Gemeinsamen Liste sind dagegen, wegen der tödlichen Folgen für die gesamte Bevölkerung und insbesondere für diejenigen, die aufgrund ihres arabischen Aussehens als „verdächtig“ wahrgenommen werden könnten. Es sollte aber auch für die Frauenbewegung ein dringliches Thema werden, da viele der Morde an Frauen

in den vergangenen Jahrzehnten von ihren Ehemännern begangen wurden, die ihre Waffe vom Sicherheitsdienst nach Hause mitnehmen durften. Der Kampf gegen männliche Gewalt kann diese Verbindung zwischen einem toxischen Sicherheitsdiskurs, dem steigenden Rassismus und der Situation der Ehefrauen nicht übersehen.

Daher empfinde ich meine Rolle als Vorsitzende des Ausschusses für Frauen und Gleichberechtigung zunächst als politisch und ich musste sehr hart arbeiten, um meine Anliegen auf die Tagesordnung zu setzen. Wir haben Themen diskutiert, die dort vorher nie besprochen wurden und besonders für benachteiligte Frauengruppen relevant sind. Denn ein feministischer Kampf, der die Interessen der am meisten benachteiligten Gruppen nicht in den Vordergrund stellt, wird die Gesellschaft nie grundlegend verändern. In Israel bedeutet das, die Kämpfe von arabischen, ultraorthodoxen, äthiopischen Frauen und Trans* zu unterstützen, wie auch die von Arbeiterinnen im Niedriglohnssektor und Erwerbslosen. Das ist das beste Gegenmittel, um die Zersplitterung unserer Kämpfe zu verhindern.

Auszug aus einem Interview mit Aida Touma-Suleiman in Haderekh 5.3.2018.

Aida Touma-Suleiman, feministische Aktivistin und Mitglied der Kommunistischen Partei Israels, gründete im Jahr 1992 „Frauen gegen Gewalt“, eine der ersten feministischen arabischen Organisationen in Israel. Sie war zudem jahrelang Chefredakteurin der parteinahen Zeitung Al-Ittihad und engagierte sich in zahlreichen Initiativen gegen Rassismus und Frauen-diskriminierung. 2015 wurde sie Knesset-Abgeordnete der Gemeinsamen Liste und übernahm den Vorsitz des Knesset-Ausschusses zur Förderung von Frauen und Gleichstellung der Geschlechter.



**Aida Touma-Suleiman bei einem Solidaritätsbesuch
nach einem tödlichen Siedler-Anschlag, Duma 2015.
Foto: Activestills**

DIE VERANTWORTUNG, VERANTWORTUNGSVOLL ZU ERINNERN

Wie kann die Erinnerung an die Shoa als Engagement für Mensch und Gesellschaft gestaltet werden?

DR. MICHAL GOVRIN

Mehr als siebenzig Jahre danach scheint die entsetzliche Lektion aus der Shoa nicht verinnerlicht worden zu sein. Die daraus resultierte Schöpfung des Begriffs „Völkermord“ hat die vielen Völkermorde, die seitdem stattgefunden haben, nicht verhindern können. Die Gründung des Staates Israel hat das Schicksal des jüdischen Volkes grundlegend verändert – von einer verfolgten und hilflosen Minderheit zu einer Nation, die ihre Existenz durch eine der stärksten Armeen der Welt verteidigt. Aber das Erdbeben, das alle Grundlagen der Gesellschaft erschütterte und bei dem ein Drittel des jüdischen Volkes zerstört wurde, führte nicht zu einem radikalen persönlichen und politischen Bewusstseinswandel. Die internationalen Hoffnungen, völkerrechtliche, pädagogische und politische Barrieren zu schaffen, wie zum Beispiel durch die Einrichtung von UN-Institutionen und die Unterzeichnung von Menschenrechts- und Flüchtlingskonventionen, verschwinden allmählich vor unseren Augen.

Während die Stimmen der letzten Überlebenden noch gehört werden, besteht die Verantwortung für die Zukunft darin, die Erinnerung an die Shoa an kommende Generationen zu übertragen. Im Gegensatz zu der direkten Erinnerung, die in die Überlebenden eingraviert war, wird die kollektive Erinnerung, die zukünftige Generationen tragen, aus der Ferne gestaltet, zeitlich und geographisch. So wird die Erinnerung zu einem Resultat von heutigen politischen Erwägungen, die die Gegenwart und die Zukunft konstruieren sollen. Wie es der Shoa-Historiker Shaul Friedlander treffend beschrieb: Eine aus der Gegenwart formulierte Erinnerung dient den sich wandelnden Interessen des Staates oder von Gruppen in der Gesellschaft. So zeigen jüngste Ereignisse in Israel, dass die Shoa auch mehr als 70 Jahre später ein ständiger Referenzpunkt geblieben ist – wie in der Frage der Abschiebung von Asylsuchenden, der Bedrohung aus dem Iran, der Räumung von Siedlungen oder der Rekrutierung

von Ultraorthodoxen. Zudem vertieft die Erinnerung daran oft die Spaltung in der israelischen Gesellschaft zwischen Ashkenasim und Mizrachim.

Die meisten Shoa-Erinnerungsmuster konzentrieren sich auf das Trauma: seine Entlarvung, seine Beschreibung, seine Dokumentation und seine Übertragung auf zukünftige Generationen. Die Erinnerung an die Shoa wird oft als Vermittlung eines Gedenkens an die Zerstörung wahrgenommen; die Erhaltung einer offenen Wunde. Über die Jahre hat sich die traumatische Erinnerung an die Shoa in die israelische Gesellschaft eingegraben, um sie von Generation zu Generation zu verewigen. Selbstverständlich können wertvolle Lektionen darauf basieren, sich dem Trauma auszusetzen und es zu erfahren. Die Rückkehr des Traumas unterminiert jedoch die fragile Rehabilitation und führt den Verletzten zu den lähmenden Reaktionen der Verletzung zurück. Um die jüdisch-israelische Gesellschaft von der anhaltenden Wirkung der Holocaust-Verwundung zu rehabilitieren, kann die Erinnerung an die Shoa daher nicht weiterhin auf der Bewahrung und Übertragung des Traumas basieren. Es muss die Ereignisse der Vergangenheit durch ein kulturelles und emotionales Muster verarbeiten, das das Leben bejaht.

Die von uns konzipierte „Versammlung zum Shoa-Gedenktag“ ist ein Vorschlag für eine neue Art der Übertragung der Erinnerung an zukünftige Generationen. Als wir uns dieses neue Format ausdachten, fragten wir uns, wie das Gedächtnis zu einem gemeinsamen Nenner wird, einem gemeinsamen Schicksal. Wie kann die Erinnerung an die Shoa als fortwährendes Engagement für die Reparatur von Mensch und Gesellschaft gestaltet werden? Wie können wir die Erinnerung an die Shoa nicht auf das Nazi-Böse fokussieren, sondern auf den Kampf um die Menschheit, selbst am Rande des Todes; nicht auf die Heiligkeit des Opfers, sondern auf die menschliche Größe derer, die umgekommen sind, auf die Überlebenden und Gerechten unter den Völkern? Wir wollten eine aktive Erinnerung entwerfen, um die Welt zu verändern, eine Erinnerung, die jeder Person eine aktive Rolle zuteilt. Wir haben darum gebeten, „die Verantwortung, sich zu erinnern“ mit der Notwendigkeit „verantwortungsvoll zu erinnern“ zusammenzubringen.

Auszüge aus dem Artikel „Die Verantwortung verantwortungsvoll zu erinnern“ 2018 Van Leer Institut.

Michal Govrin gehört zu Israels führenden Intellektuellen. Sie ist Schriftstellerin, Lyrikerin und Theaterregisseurin. Von 2012 bis 2015 leitete Govrin am Jerusalemer Van Leer Institute die multidisziplinäre Forschungsgruppe Memory Transmission and Fiction, die sich mit der Art der Erinnerung an den Holocaust in einer Zeit beschäftigte, in der es keine Überlebenden mehr gibt.

II.

DISKRIMINIERUNG BESATZUNG UND FRIEDEN



**Israelische Polizeikräfte sichern
den Abriss des Bediunendorfs
Umm al-ran, Negev 2017.
Foto: Activestills**

UNG,



WIR FORDERN GLEICHHEIT!

Im Süden des Landes kämpfen die Beduinen für ein Leben in Würde

HAYA NOACH

Die Beduinen der Negev-Region gehören zu den Bevölkerungsgruppen in Israel, die am stärksten marginalisiert werden. In den vergangenen 40 Jahren haben alle israelischen Regierungen daran gearbeitet, die unterschiedlichen beduinischen Communities in Städten anzusiedeln und sie von ihrem Acker- und Weideland zu trennen. Während die traditionelle Lebensweise der Beduinen auf Landwirtschaft basiert, sind die von der Regierung anerkannten beduinischen Städte als urbane Siedlungen geplant, die eine bäuerliche Lebensweise unmöglich machen. Selbst hier, viel und viel prekärer noch in den nicht anerkannten beduinischen Ortschaften, sind Infrastruktur und öffentliche Dienste nur partiell vorhanden und entsprechen keineswegs den Bedürfnissen der Bevölkerung.

Diese seit langem bestehende Ungleichheit führt zu anhaltenden Menschenrechtsverletzungen gegen die Beduinen. Das begann mit dem Krieg von 1948, der nur einen kleinen Teil der Beduinen innerhalb der Grenzen Israels zurückließ, und setzte sich fort in den Jahren des Militärregimes (1949-1966). In dieser Zeit lebten Beduinen unter Militärrherrschaft, durften ihre Wohnorte nicht ohne Erlaubnis verlassen und hatten fast keinen Zugang zur öffentlichen Infrastruktur. Bis zum heutigen Tag wächst die Lücke zwischen den Beduinen und dem Rest der Bevölkerung in Israel. Heute stellt die Gemeinschaft der Beduinen mehr als ein Drittel der Bewohner des Negev-Gebietes dar, erhält aber nur einen Bruchteil der staatlichen Investitionen.

Der Weg, diese Ungleichheit zu beheben, ist weit. Für den Anfang müsste der Staat Israel die Beduinen als gleichberechtigte Bürger anerkennen. Die exzessive Politik der Häuserzerstörungen, die beschränkte Daseinsvorsorge und die aggressiven Bemühungen der staatlichen Behörden, beduinische Ortschaften zu zerstören oder umzusiedeln, sind keinesfalls vertrauensbildende Maßnahmen auf diesem Weg. Dazu kommt, dass die Regierung viele neue jüdische Siedlungen in der Negev-Wüste bauen lässt. In diesem Zusammenhang wirken die Repressalien gegen die beduinischen Israelis noch zynischer und beweisen, dass der Staat nicht die Absicht hat, zu ihren Gunsten zu handeln. Solange der Staat Israel nicht

aufrichtig mit der Führung der Beduinen zusammenarbeiten will, wird die Situation so bleiben, wie sie ist: die Ungleichheit, und damit auch die Wut und Frustration in der Negev-Wüste, werden sich nur vertiefen.

Auszug aus einem Bericht des Negev-Koexistenz-Forums 2017.

Haya Noach lebt in Beer-Sheva und ist Vorsitzende des Negev-Koexistenz-Forums (NCF). Die Organisation wurde 1997 gegründet und geht auf eine Initiative von arabischen und jüdischen Bewohnern der Wüstenregion Negev zurück. Angesichts der Versäumnisse des Staates Israels, die Menschen- und Bürgerrechte der dort ansässigen arabisch-beduinischen Bevölkerung zu respektieren und zu schützen, setzt sich das NCF für die Gleichstellung aller im Negev lebenden Menschen ein. Einer der aktuellen politischen Kämpfe des NCF richtet sich gegen die Vertreibung von zehntausenden Menschen aus 35 nicht anerkannten Beduinendörfern.



**Haya Noach und Martina Michels
auf einer Tour im Negev, 2017.
Foto: Privat**

GETEILTE STADT, GETEILTES RECHT

Die Palästinenser*innen in Ost-Jerusalem leben in einem System der Diskriminierung

SARIT MICHAELI

Unmittelbar nach der Besetzung des Westjordanlands und des Gazastreifens im Juni 1967 annektierte Israel Ost-Jerusalem und weitere 7.000 Hektar in der Westbank und stellte dieses Gebiet völkerrechtswidrig unter israelisches Recht. Die neuen Gemeindegrenzen Jerusalems wurden weitgehend nach demographischen Erwägungen gezogen: Dicht besiedelte palästinensische Gebiete sollten ausgeschlossen sein, um eine jüdische Mehrheit in der Stadt zu gewährleisten. Dieser Logik folgend schloss Israel wenig bewohntes Land ein, das zu Dörfern in der Nähe von Jerusalem gehörte, ließ jedoch die Eigentümer außerhalb der Stadtgrenzen zurück. Seither hat der Staat Israel die palästinensischen Bewohner*innen der Stadt als unerwünschte Einwanderer behandelt und systematisch daran gearbeitet, sie aus dem annektierten Gebiet zu verdrängen.

Kurz danach führte Israel genau dort eine Volkszählung durch. Palästinenser*innen, die zu dieser Zeit abwesend waren, verloren ihr Recht, in ihre Heimat zurückzukehren. Diejenigen, die anwesend waren, erhielten den Status eines „permanenten Bewohners“ in Israel – ein legaler Status für ausländische Staatsangehörige, die in Israel leben möchten. Im Gegensatz zu Einwanderer*innen, die frei wählen, in Israel zu leben und in ihr Herkunftsland zurückkehren können, haben die palästinensischen Einwohner*innen von Ost-Jerusalem keine andere Heimat und haben sich nicht dafür entschieden, in Israel zu leben. Es ist der Staat Israel, der das Land, auf dem sie leben, besetzt und annektiert hat. Diese Form der Niederlassungserlaubnis berechtigt den Inhaber, in Israel zu leben, zu arbeiten und Sozialleistungen zu beziehen. „Permanente Bewohner“ können jedoch weder an nationalen Wahlen teilnehmen noch für das Amt des Bürgermeisters kandidieren.

Die israelische Politik in Ostjerusalem zielt darauf ab, Palästinenser*innen zum Verlassen der Stadt zu zwingen. Dadurch soll eine geographische und demographische Realität entstehen, die jeden zukünftigen Versuch, die israelische Souveränität über Jerusalem in Frage zu stellen, vereitelt. Palästinenser*innen, die aufgrund dieser Politik oder aus anderen Gründen

Ost-Jerusalem verlassen, riskieren, ihren ständigen Wohnsitz, die damit verbundenen Sozialleistungen und ihre Bewegungsfreiheit zu verlieren.

Israels Versuche, die demographische Realität Ost-Jerusalems zu bestimmen, konzentrieren sich auf mehrere Bereiche: Während die jüdischen Siedlungen in Ost-Jerusalem, die größtenteils auf von Palästinenser*innen annektiertem Land errichtet wurden, eine massive Subventionierung genießen, hält die Jerusalemer Stadtregierung Investitionen in die Infrastruktur in den palästinensischen Nachbarschaften bewußt zurück. Sie unternimmt große Anstrengungen, die Stadtentwicklung der palästinensischen Viertel zu verhindern, indem große Flächen als „offene landschaftliche Gebiete“ oder als Nationalparks deklariert werden, in denen Bebauung verboten ist. Gleichzeitig verzichtet die Verwaltung konsequent auf die Erstellung detaillierter Stadtentwicklungspläne für palästinensische Stadtviertel – die wären Voraussetzung für den Erhalt von Baugenehmigungen. Infolgedessen leiden die palästinensischen Gemeinschaften in Ostjerusalem unter extremem Mangel an Wohnungen, öffentlichen Gebäuden wie Schulen und Kliniken, Infrastruktur einschließlich Straßen, Gehwegen und Wasser- und Abwassersystemen, Handelsdienstleistungen und Freizeiteinrichtungen.

Da keine Landreserven zur Bebauung vorhanden sind, bleibt die palästinensische Bevölkerung in Ostjerusalem in zunehmend überfüllten Vierteln gefangen. Viele Palästinenser*innen haben keine andere Wahl, als ohne Genehmigungen zu bauen, was dazu führt, dass sie ständig mit Abrissdrohungen seitens der Stadtregierung leben müssen.

Gleichzeitig werden jüdische Siedler*innen ermutigt, sich in palästinensischen Vierteln niederzulassen und Palästinenser*innen aus ihren Häusern zu vertreiben. Solche Siedler-Enklaven machen das Leben der palästinensischen Bewohner*innen in ihrer Nachbarschaft unerträglich und führen oft zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Der Einmarsch der Siedler*innen bedeutet auch eine verstärkte Präsenz von Polizei, Grenzpolizei und staatlich bezahlten, privaten Sicherheitskräften, die gewaltsam gegen palästinensischen Bewohner*innen vorgehen.

Auszug aus einem Text von B'Tselem und Sarit Michaeli zur Situation in Ost-Jerusalem.

Sarit Michaeli ist Beauftragte für International Advocacy der Menschenrechtsorganisation **B'Tselem**. 1989 durch führende Persönlichkeiten der Friedensbewegung gegründet, hat es sich B'Tselem (Hebräisch für: Ebenbild) zur Aufgabe gemacht, Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Palästinensergebieten zu dokumentieren und die israelische und die Weltöffentlichkeit mit Berichten, Analysen und Videos über das dortige Geschehen zu informieren. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit ist Ost-Jerusalem.



**Hauszerstörung in Ost-Jerusalem, 2014.
Foto: Activestills**

DAS NATIONALSTAATS- GESETZ SPALTET ISRAEL

Wie kaum ein anderer Entscheid der Knesset sorgt das Gesetz »Israel – der Nationalstaat des jüdischen Volkes« für Aufruhr im Land

TSAFRIR COHEN

Premierminister Benjamin Netanjahu feiert seine Verabschiedung als Schlüsselmoment in der Geschichte des Zionismus, während Justizministerin Ajelet Schaked es für einen zentralen Baustein einer konservativen Gegenrevolution hält, die den jüdischen Charakter des Staates zementiert – wenn nötig auf Kosten von Bürgerrechten. Israels Menschenrechtsorganisationen hingegen sprechen von einer Durchsetzung der Tyrannei der Mehrheit, während die bekannte Feministin, das palästinensische und sozialistische Knesset-Mitglied Aida Touma-Suleiman, von institutionalisiertem Rassismus und einem Apartheidsgesetz spricht.

Israel hat keine Verfassung, sondern einzelne Grundgesetze mit Verfassungsrang, die etwa die Rolle der Gerichte, der Knesset, der Regierung oder die Würde des Menschen und seine Freiheit festschreiben. Im neuen Grundgesetz »Israel – der Nationalstaat des jüdischen Volkes« wird der Status des Emblems, der Flagge, der Nationalhymne, des jüdischen Kalenders und der jüdischen Feiertage festgelegt. Es hält zudem fest, dass der Staat Israel der Nationalstaat des jüdischen Volkes ist und dass das Recht auf nationale Selbstbestimmung im Staat Israel einzig für das jüdische Volk gilt. Das Gesetz besagt auch, dass der Staat jüdische Besiedlung fördern wird, dass das vereinigte Jerusalem die Hauptstadt Israels ist und dass Arabisch keine Amtssprache mehr im Staat Israel sein wird, sondern nur noch eine Sprache mit besonderem Status.

Nun darf jeder Staat seine Fahne, Nationalhymne und Feiertage festlegen, und folglich haben manche Beobachter*innen in Israel aber auch im Ausland bis zuletzt die Sprengkraft des Gesetzes nicht erkannt. Dabei haben seine Initiatoren vom rechten nationalistischen Rand der ohnehin rechten israelischen Regierung keinen Hehl aus ihrem Ziel gemacht.

Bislang versuchten die Gesetzgeber*innen stets, das Selbstverständnis Israels als gleichzeitig demokratischen und jüdischen Staat auszutarieren – zugegeben kein leichtes Unterfangen, schließlich widersprechen sich jüdische Gruppeninteressen und der Anspruch auf Gleichheit aller Bürger*innen, die eine Demokratie stets voraussetzt. Die Definition Israels als jüdischer Staat nämlich, so der Politologe Amal Jamal, sei nicht identisch mit dem, was man unter moderner demokratischer Nationalstaatlichkeit versteht. In Frankreich etwa seien alle Staatsbürger*innen Franzosen und damit Teil des jeweiligen Staatsvolks. Indem nicht die israelische, sondern die jüdische Nation als Israels Staatsvolk postuliert wird, wird eine Hierarchie zwischen den beiden Kategorien der Zugehörigkeit – Juden und Israelis – geschaffen. Die Jüdinnen und Juden, auch diejenigen, die im Ausland leben und keine israelischen Staatsbürger sind, stellen den Souverän dar, das Staatsvolk im Staat Israel. Israelis, und hier sind insbesondere Nichtjuden gemeint, sind diesem jüdischen Souverän untergeordnet.

Diese Problematik versuchten Israels Staatsgründer abzumildern, als sie in der vor 70 Jahren zur Staatsgründung beschlossenen Unabhängigkeitserklärung neben der Errichtung eines jüdischen Staates gleichzeitig all den Bürger*innen Israels “ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht soziale und politische Gleichberechtigung” zusicherten. Eben dieses Austarieren zwischen dem jüdischen und dem demokratischen Charakter des Staates wollten die Initiatoren des neuen Grundgesetzes aushebeln. Das Grundgesetz verankert den jüdischen Charakter des Staates als oberstes Prinzip über der Gleichheit und den Minderheitenrechten, die in keinem der Grundgesetze Israels erwähnt werden. Damit wird Ungleichheit in einem Gesetz mit Verfassungsrang festgesetzt.

WIE WEITER?

Der Widerstand gegen das neue Gesetz fiel größer aus als erwartet. Selbst die alte Garde des Likud stellte es infrage oder kritisierte es scharf als offensichtlich demokratiefeindlich, wie etwa Staatspräsident Reuven Rivlin. Am Ende wurde es lediglich mit einer knappen Mehrheit von 62 gegen 55 Stimmen angenommen.

Der Protest gegen das Gesetz verstummt auch Wochen nach seiner Verabschiedung nicht. Die Protestierende gehören verschiedenen Kreisen an: Die bislang größte Demonstration fand auf Einladung des Forums der drusischen Offiziere statt. Die Drusen, eine arabischsprachige Gruppe, die sich im 11. Jahrhundert vom schiitischen Islam abspaltete, ist mit rund

130.000 Zugehörigen eine recht kleine Minderheit in Israel. Ihre Mitglieder gelten als loyal gegenüber dem Staat und sind stark in der israelischen Armee vertreten. Gerade deshalb wollen sie sich die Diskriminierung nicht bieten lassen.

Die Regierung wurde von diesem Protest überrascht und lotet jetzt Sonderlösungen aus, etwa ein spezielles Drusen-Gesetz. Das wird möglicherweise die älteren Mitglieder der Gemeinschaft befriedigen, nicht aber viele jüngere und politisch interessierte Drusen. Diese konnte man bei einer Demonstration sehen, die eine Woche später stattfand und an der 30 000 Menschen teilnahmen. Hier ging es radikaler zu. Aufgerufen hatten die Vertreter*innen der palästinensischen Minderheit im Land. Während sie in der Regel fernab der jüdischen Öffentlichkeit im arabischen Nazareth protestierten, fand dieser Protestzug im Herzen des jüdischen Israels statt, im Zentrum Tel Avivs. Und: Etwa 10.000 linke und linksliberale Jüdinnen und Juden kamen dazu, sodass zum ersten Mal seit vielen Jahren eine echte jüdisch-palästinensische Massendemonstration stattfand.

Knesset-Mitglied Dov Khenin von der sozialistischen Chadasch sieht es dialektisch: „Die Regierung hat ein Gesetz zur Festigung jüdischer Vorrechte durchgeboxt. Doch gerade das hat eine Diskussion entfacht, wie wir sie seit Jahren nicht mehr hatten. Fragen, die nur wir radikalen Linken stellten, werden jetzt auch in linksliberalen, sozialdemokratischen Kreisen aufgeworfen. Etwa, was es tatsächlich bedeutet, wenn Israel als jüdischer Staat definiert wird, ob so ein Staat wirklich demokratisch sein kann und ob es nicht vielmehr ein Staat aller seiner Bürger*innen sein soll, also aller Israelis.“

Die Hoffnung der israelischen Linken darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Regierung Netanjahu nach wie vor die Mehrheit der Bevölkerung fest hinter sich weiß und dass ihre Rechnung noch immer aufgeht. Sie bindet die jüdische Mehrheitsgesellschaft an sich, mit Hilfe des Ausbaus jüdischer Vorrechte auf Kosten nichtjüdischer Minderheiten.

Auszug aus dem Artikel „Schrumpfung demokratischer Räume“ von Tsafrir Cohen. Zuerst erschienen in Neues Deutschland am 28.8.2018.

Tsafrir Cohen leitet das Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

ALTERNATIVE MEDIEN – ALTERNATIVE LÖSUNGSANSÄTZE

Seit 2010 läuft das englischsprachige Internet-Magazin **972Mag** als ein gemeinsames Projekt von palästinensischen und israelischen Aktivist*innen und dient als Forum für linke Debatten und für die Verbreitung von Nachrichten über sozialen Bewegungen, die in israelischen Mainstream-Medien wenig Gehör finden. Im Jahr 2014 gründete 972 zusammen mit dem Filmemacherkollektiv **Just Vision** und dem Photographenkollektiv **Activestills** das hebräische Nachrichtenportal **Sicha Mekomit** (Ortsgespräch), das in kurzer Zeit durch professionelle Berichterstattung und investigativen Journalismus zum wichtigsten linken Medium in Israel geworden ist. Ein Beispiel für die zentrale Position, die die Webseiten im linken Diskurs einnehmen, ist die Debatte über verschiedene Lösungsvorschläge für den Konflikt. Ob die Zwei-Staaten-Lösung noch möglich ist und welche Alternativen vorhanden wären, diskutieren Haggai Matar, der Geschäftsführer von **972Mag**, und Meron Rapoport, ein Redakteur von **Sicha Mekomit** und Mitglied der neuen Initiative „Zwei Staaten, eine Heimat“.

„DIESES LAND ALS EINE EINHEIT BEHANDELN“

Der Journalist Meron Rapoport sucht nach Alternativen zur herrschenden Ideologie der Trennung mit seiner Initiative „Zwei Staaten, eine Heimat“.

Die Befürworter der Trennung ignorieren die Tatsache, dass dieser Konflikt kein Grenzstreit zwischen zwei Staaten ist. Es geht um zwei Völker, die in diesem Land zwischen dem Jordan und dem Meer leben, und beide glauben, dass alles ihnen gehört. 1,5 Millionen Palästinenser*innen im „souveränen“ Israel, 350.000 Palästinenser*innen im „vereinigten“. Jerusalem und 350.000 Israelis im Westjordanland. Sie können diese demographische Mischung lieben oder hassen. Aber sie ist eine Tatsache.

Es ist auch eine Tatsache, dass jede/r Palästinenser*in, wenn er oder sie das Wort „Palästina“ benutzt, nicht nur das Westjordanland und den Gazastreifen meint. Jaffa und Haifa gehören dazu, genauso wie Ramallah und Jenin. Der Konflikt begann, nachdem die Hälfte des palästinensischen

Volkes aus den Gebieten vertrieben worden war, die wir heute Israel nennen. Die Besetzung von 1967 war nur eine weitere Station auf dem Weg, den Konflikt zu vertiefen.

Ähnliches kann über den größten Teil des jüdischen Kollektivs gesagt werden. Mein Großvater in Wilna sehnte sich nicht nach Tel Aviv, sondern nach Hebron. Wir können radikale Siedler*innen verspotten wegen ihrer Erotisierung des Heiligen Landes, aber die starke Verbundenheit der meisten Jüdinnen und Juden in Israel konzentriert sich genau auf jene Orte, die im palästinensischen Staat liegen sollen, wie Nablus oder Beit El und natürlich Jerusalem.

Wir denken also, dass dieses Land als eine Einheit behandelt werden sollte. Dies ist keine metaphysische Aussage, sondern eine Reflexion der Realität. Aber das bedeutet nicht, dass nur ein Staat in diesem Land gegründet werden sollte. Jede Nation braucht Selbstbestimmung, einschließlich der Israelis und der Palästinenser*innen, und die Besetzung muss beendet werden. Deshalb unterstützen wir zwei Staaten, Israel und Palästina, innerhalb der Grenzen des 4. Juni 1967.

Wir fordern aber offene Grenzen zwischen den beiden Staaten und das Recht auf freie Wahl des Wohnsitzes. Wir wollen, dass die beiden Staaten Mitglieder einer Konföderation sein werden, während Jerusalem gemeinsam verwaltet wird.

Die Lösung, die wir anbieten, ist unvollständig. Während jüdische Siedler*innen in ihrer Heimat unter einem palästinensischen Staat bleiben dürften, könnten palästinensische Flüchtlinge in der Lage sein, die Orte zu besuchen, von denen sie vertrieben wurden, und teilweise auch dorthin zurückzukehren. Zudem könnten Familien, die seit siebzig Jahren zerrissen waren, ihre Beziehung erneuern. So wie Palästina nicht nur palästinensisch sein wird, wird Israel nicht nur jüdisch sein.

Auszug aus dem Artikel "Der Schlüssel zur Lösung des Konflikts liegt in der Partnerschaft und nicht in der Trennung" von **Meron Rapoport**, erschienen am 16.4.2016 in Sicha Mekomit.

„JEDER, DER IN DIESEM LAND LEBT, MUSS TEIL DER LÖSUNG SEIN“

Der Redakteur Haggai Matar besteht auf das palästinensische Recht auf Mitsprache bei der Gestaltung von Lösungsvorschlägen.

Die Debatte über einen Staat, zwei Staaten, drei Staaten oder etwas dazwischen für Israel-Palästina ist wieder einmal in den Vordergrund getreten. In letzter Zeit wurde die Ein-Staaten-Lösung als die beste, wahrscheinlichste und realistischste Option präsentiert, und zwar nicht nur von radikalen Linken (israelische und palästinensische gleichermaßen) sondern auch durch so unterschiedliche Persönlichkeiten wie Präsident Trump, den rechten nationalistischen Politiker Naftali Bennett (Jüdisches Heim) und den hervorragenden israelischen Autor A.B. Yehoshua.

Für Linke sollte das oberste Prinzip im Kampf gegen die Besatzung und für den Frieden sein, dass jeder, der in diesem Land lebt, Teil der Lösung sein muss. Ohne palästinensische Beteiligung kann keine Entscheidung getroffen werden. Dennoch wird immer wieder deutlich, dass sich die palästinensische Führung um eine einzige Option zusammengeslossen hat: die Zwei-Staaten-Lösung. So hat die neue politische Plattform der Hamas die Zwei-Staaten-Lösung offiziell anerkannt. Dies ist natürlich auch die Position der Fatah und der Palästinensischen Befreiungsorganisation sowie der überwiegenden Mehrheit der politischen Parteien, die die palästinensischen Bürger*innen Israels in der Knesset vertreten.

Wir können natürlich über vielseitige Lösungen für besonders sensible Themen sprechen, sei es einfacher Landtausch oder komplexe, konföderative Arrangements, wie sie von der „Zwei Staaten, eine Heimat“-Initiative vorgeschlagen werden. Aber jede Diskussion über eine Lösung, besonders auf Hebräisch, die die palästinensische Forderung nicht anspricht, dass zwei unabhängige Staaten die Grundlage einer Lösung bilden sollen, trampelt einfach weiter auf den Rechten der Besetzten herum und diktiert ihnen ihr Schicksal.

Auszug aus dem Artikel „The Palestinian leadership’s wish for two states cannot be ignored“ von **Haggai Matar**, erschienen am 10.3.2017 in 972Mag.



**Martina Michels im Gespräch mit
Haggai Matar (mitte rechts) und
Meron Rapoport (rechts).
Foto: Privat**

NETANJAHU UND TRUMP FÜHREN UNS IN DEN ABGRUND!

Der US-Ausstieg aus dem Atomabkommen mit dem Iran ist eine existenzielle Bedrohung für alle in der Region

DOV KHENIN

Der Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen wird nicht zum Verschwinden des iranischen Atomprogramms führen, sondern zu dessen Erneuerung und Beschleunigung. Somit bedeutet Trumps Ausstieg vor allem, dass Israel und der Iran auf direkten Kollisionskurs gebracht werden. Ein solcher Krieg wäre schrecklich und gefährlich. Wir werden alle sehr teuer dafür bezahlen. Das ist ein wichtiger Grund, warum sogar die meisten Leute im Sicherheitsestablishment, sowohl in Israel als auch in den USA, dagegen sind, das Atomabkommen aufzuheben.

So wie in der Fernsehserie House of Cards ist es auch in der Realität: In-den-Krieg-Ziehen ist der ultimative Ausweg für Herrscher, gegen die Untersuchungsverfahren wegen Korruption laufen. Aber bei Netanjahu ist hier zudem eine umfassende Weltanschauung im Spiel. Er ist in der Tat davon überzeugt, dass Israel einzig und allein mittels Gewalt im Nahen Osten agieren kann und dass der Konflikt unlösbar ist, dass es sich dabei um einen tiefen, historischen Konflikt handelt, eine tektonische Konfrontation zwischen dem Islam und dem Westen. Netanjahu ist von dieser Weltsicht auch in der iranischen Frage getrieben. Er lehnt das Abkommen nicht ab, weil es Schwachstellen hat, sondern weil es ein Abkommen ist.

Angesichts dessen ist es heute wichtiger denn je, eine Alternative aufzuzeigen: Nur ein konsequentes Streben nach Frieden und Abkommen mit unseren Nachbarn wird Israels Leben, Existenz und Sicherheit in der Region gewährleisten. Das gilt in Bezug auf die Palästinenser*innen und die arabische Welt. Und das gilt auch in Bezug auf die iranische Frage. Das Atomabkommen mit dem Iran hat die Grundlage für eine friedliche Entwicklung geschaffen. Statt das Regime der internationalen Abkommen zu

sprengen, sollte es erweitert werden, gerade im Nahen Osten, damit dieser schließlich von allen Atomwaffen befreit wird.

Das ist eine Debatte, die verschärft werden muss. Die historische Realität muss der israelischen Öffentlichkeit in aller Härte präsentiert werden: Netanjahus Politik stellt eine existenzielle Bedrohung für Israel dar, denn Netanjahu führt uns nach Masada (Anm.: Die letzte Bastion des jüdischen Aufstandes gegen die Römer, die im Jahr 73 nach Christus mit einem kollektiven Selbstmord zu Fall kam). Und wer nicht will, dass dies in einem nationalen Selbstmord endet, muss für die Alternative kämpfen. Hier ist kein Platz für Unentschlossenheit und Wankelmütigkeit. Hier gibt es nur zwei entgegengesetzte Wege. Netanjahu und Trump führen uns in den Abgrund. Es ist an der Zeit, aufzustehen und „Halt!“ zu sagen. Lasst uns das Leben wählen und für unsere Anliegen kämpfen.

Der Artikel erschien zuerst auf Hebräisch am 9. Mai 2018 in Sicha Mekomit.

Dov Khenin ist ein Knesset-Abgeordneter der Gemeinsamen Liste und gehört der sozialistischen Partei Chadasch an. Die parlamentarischen Schwerpunkte des 1958 geborenen Politologen und Juristen sind Umwelt, sozioökonomische Gleichberechtigung, kommunale Verwaltung und jüdisch-arabische Koexistenz. 2008 kandidierte er für das Amt des Bürgermeisters von Tel Aviv und erzielte mit über 34 Prozent einen landesweit beachteten Erfolg.



**Dov Khenin spricht auf einer Kundgebung
vor streikenden Postarbeiter*innen, 2007.
Foto: Activestills**

III. WANDEL VON IN HERAUS: SOZIA BEWEGUNGEN PARTEIEN

Jüdische und arabische Aktivist*innen
während einer gemeinsamen
Aktion von „Standing-Together“.
Foto: Standing Together

INNEN ALE UND



DIE GEMEINSAME LISTE

Im März 2014 erhöhte die rechtsgerichtete Regierung unter Benjamin Netanjahu die Sperrklausel für die Parlamentswahlen von 2 Prozent auf 3,25 Prozent der gültigen Stimmen – ganz offensichtlich mit dem Ziel, die Vertretung der palästinensischen Bürger*innen Israels in der Knesset zu begrenzen. Die arabische Minderheit wurde zu diesem Zeitpunkt von drei bis vier verschiedenen Parteien im Parlament vertreten, keine erreichte jedoch mehr als 3,25 Prozent der Stimmen. Diese Parteien beschlossen deshalb kurz vor der Wahl 2015, sich mit einer gemeinsamen Wahlliste an den Knesset-Wahlen zu beteiligen und sie dementsprechend Gemeinsame Liste zu nennen.

An der Gemeinsamen Liste beteiligen sich die arabisch-jüdische sozialistische Chadasch (Demokratische Front für Frieden und Gleichheit), in der die Kommunistische Partei Israels eine führende Rolle spielt; die sozialdemokratisch gefärbte Balad, die sich als progressive nationale Partei für die palästinensischen Bürger*innen Israels versteht; und die konservative Vereinte Arabische Liste, die sich hauptsächlich aus zwei Gruppen zusammensetzt: zum einen der Islamischen Bewegung (südlicher Flügel) und zum anderen der liberalen Ta'al (Arabische Bewegung für Veränderung).

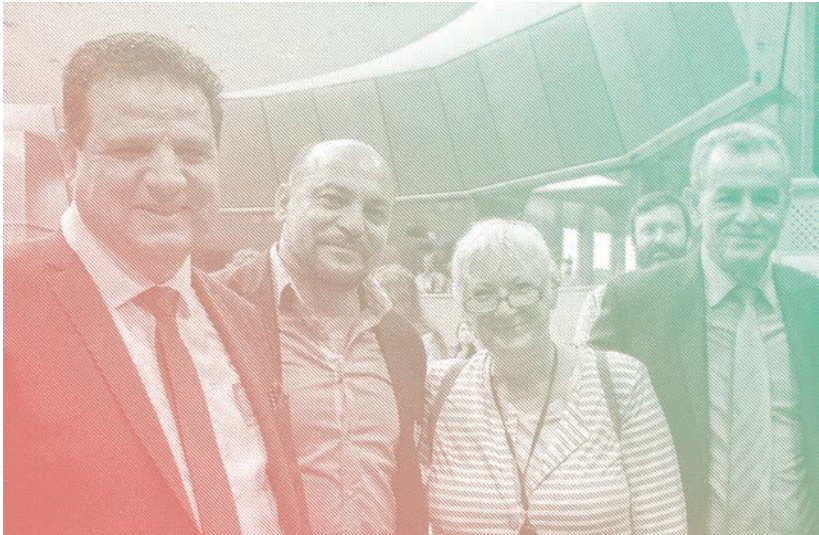
Die Gemeinsame Liste in Israel gewann bei den Wahlen 2015 insgesamt 13 der 120 Sitze im israelischen Parlament und stellt damit die drittgrößte Fraktion. Aufgrund ihrer Größe wurde der Gemeinsamen Liste die Leitung des Knesset-Ausschusses zur Förderung von Frauen und der Gleichstellung der Geschlechter übertragen. Vorsitzende wurde Aida Touma-Suleiman, feministische Aktivistin und Chadash-Mitglied. Damit bekam zum ersten Mal in der Geschichte Israels ein/e Palästinenser/in den Vorsitz eines ständigen Knesset-Ausschusses mit Gesetzgebungsbefugnissen.

DIE BEDEUTUNG DER GEMEINSAMEN LISTE

Eine der ermutigenden Auswirkungen der Gemeinsamen Liste ist die hoffnungsvolle Botschaft, die von ihr für Palästinenser und darüber hinaus für die arabische Welt ausgeht. Die zehnjährige, oft mit Gewalt verbundene Spaltung zwischen Hamas und Fatah in den besetzten palästinensischen Gebieten hatte verheerende Folgen für den Kampf um die nationale

Unabhängigkeit und war ein Desaster für die innerpalästinensische Politik. Die Partnerschaft von religiösen und säkularen Kräften in der Gemeinsamen Liste – darunter muslimische, christliche, drusische und jüdische Menschen – verkörpert die Möglichkeit, Konflikte demokratisch und partnerschaftlich zu lösen und eine gemeinsame Strategie für das Gemeinwohl zu entwickeln. Diese Botschaft gewinnt an Relevanz, besonders mit Blick auf die sektiererische Gewalt in der ganzen arabischen Welt, die durch die Kriege in Syrien und Jemen verstärkt wird. Die Gemeinsame Liste gehört – neben der HDP in der Türkei, deren politisches Programm viele Ähnlichkeiten aufweist – zu den wenigen progressiven politischen Strukturen im Nahen Osten, die in letzter Zeit an Dynamik gewonnen haben, und konnte bereits mehr als erwartet erreichen. Somit ist das weitere Bestehen der Gemeinsamen Liste von größter Bedeutung, nicht nur für Israel-Palästina, sondern für alle emanzipatorischen Projekte in der Region.

Auszug aus dem Artikel „Gemeinsam anders – Die Gemeinsame Liste und progressive Politik in Israel“ von **Tsafrir Cohen, Hana Amoury** und **Yossi Bartal**.



**Die Gemeinsame Liste zu Besuch im EU-Parlament, Brüssel 2018.
(v.l.n.r.: Ayman Odeh, Masud Ganaim,
Martina Michels, Jamal Zahalka)
Foto: Privat**

MERETZ

Gegründet im Jahr 1992 als Wahlbündnis der sozialistischen Partei Mapam, der liberalen Shinui und der Bürgerrechtsbewegung Ratz, vertritt Meretz (als vereinigte Partei ab 1996) die sozial-liberale und friedenspolitische Agenda der zionistischen Linken in Israel. Als Regierungspartei unter Rabin und Barak und danach in der Opposition forderte sie stets die Zwei-Staaten-Lösung und übernahm die führende Rolle im Kampf für individuelle Freiheiten, Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenrechte.

Auch wenn die Partei in der jetzigen Legislatur nur fünf Sitze im Parlament innehat, kann sie stolz auf ihre Erfolge zurückblicken. Dazu gehört ihr früher und mutiger Einsatz für LGBTI-Rechte, die Verabschiedung mehrerer Gesetze gegen sexualisierte Gewalt und geschlechtliche Diskriminierung und die Unterstützung maßgeblicher Initiativen für Umweltschutz und Tierrechte. Im Gegensatz zur Führung der Arbeiterpartei bekennen sich die Abgeordneten von Meretz unmissverständlich zur Möglichkeit einer friedlichen Konfliktlösung, führen weiterhin Gespräche mit palästinensischen Politiker*innen und arbeiten zusammen mit den Abgeordneten der Gemeinsamen Liste gegen die diskriminierende Gesetzgebung der Netanjahu-Regierung.

ZWISCHEN REALPOLITIK UND RADIKALOPPOSITION

„Für uns als israelische Linke ist klar, dass West-Jerusalem die Hauptstadt Israels ist. Ebenso ist uns klar, dass Ost-Jerusalem die Hauptstadt Palästinas ist. Unter den gegebenen Umständen sollte Herr Trump lieber darauf hinarbeiten, dass ein Friedensvertrag zwischen Israel und den Palästinenser*innen geschlossen wird. Dann soll die US-amerikanische Botschaft in Israel unbedingt nach West-Jerusalem ziehen und gleichzeitig in Ost-Jerusalem die US-Botschaft in Palästina eröffnet werden.

Mich interessiert aber weniger, was ein Trump sagt, als das, was wir hier dringend tun müssen, was Israel mit seinen Nachbarn tut, die es seit 50 Jahren militärisch beherrscht und deren Land es besetzt. Die absolut zentrale, ja existentielle Frage, vor der wir Israelis stehen, ist, wie es mit den Palästinenser*innen weitergeht. Es gibt keine Alternative zum Ende

der Besatzung, die langfristig nachhaltig, gar im Ansatz gerecht sind. Alles andere ist weltfremd, eine Chimäre.

Leider versucht der neue Vorsitzende der Arbeitspartei, Avi Gabbay, den Rechten nach dem Mund zu reden. Er weiß, dass Wahlen oft in der Mitte gewonnen werden, und räumt dafür eine linke Position nach der anderen. Linke könnten ja schließlich uns, die Meretz wählen. Doch damit trägt er zur Delegitimierung dieser Positionen bei. Leider wird es ihm auch nicht die erhofften Erfolge bringen, das zeigen schon jetzt die Umfragen. Wir lassen uns aber nicht unterkriegen. Einerseits machen wir Radikalopposition: Wir protestieren täglich gegen die Besatzung, auch wenn es anscheinend nichts bringt. Das ist schlicht unsere ethische Pflicht. Andererseits bin ich Realpolitiker genug, um zu wissen, wie schnell sich das Blatt wenden kann. Angesichts der Skandale und Misserfolge der jetzigen Regierung muss man kein Berufsoptimist sein, um auf eine Ablösung von Premier Netanjahu im kommenden Jahr hinzuarbeiten. Dazu möchten wir von Meretz beitragen.“

Auszug aus „Zwischen Realpolitik und Radikalopposition - Ein Interview mit Knesset-Mitglied Mossi Raz“. Erschienen 2018 auf der Webseite der Rosa-Luxemburg-Stiftung Tel Aviv.

Mossi Raz war von 1994-2000 Vorsitzender der Friedensbewegung Peace Now. Seit 2015 ist er Generalsekretär der Meretz Partei und sitzt seit Oktober 2017 wieder in der Knesset.

STANDING TOGETHER – ZUSAMMENSTEHEN

Macht aufzubauen, um unsere Gesellschaft zu verändern

URI WELTMANN

Standing Together ist das optimistische Unterfangen, etwas Neues in der israelischen Linken in Gang zu setzen: eine Basisbewegung für jüdische und arabische Menschen aufzubauen, die sich sozialen und politischen Veränderungen verpflichtet fühlt. Unser Ziel ist nicht, zu reproduzieren, was bereits vorhanden war: Wir sind weder eine Wahlpartei, die für das Parlament kandidiert, noch eine NGO mit einer einzigen Aufgabe, die eine professionelle und spezialisierte Arbeit leistet. Wir sind vielmehr ein Versuch, Macht aufzubauen, um unsere Gesellschaft zu verändern. Wir sind eine pluralistische und demokratische Bewegung von unten, die sich mit einer Vielzahl von Themen und Kampagnen beschäftigt, die darauf abzielt, diejenigen Teile der Gesellschaft zu politisieren und zu aktivieren, die Veränderungen anstreben, sich jedoch von den bestehenden Organisationen nicht repräsentiert fühlen.

In den drei Jahren, in denen „Standing Together“ existiert, wurde es die treibende Kraft hinter einigen der größten Mobilisierungen der israelischen Linken - vom Protest gegen die Eskalation in Gaza und die Erschießung palästinensischer Demonstrant*innen bis zur Solidarität mit den abgelehnten afrikanischen Asylbewerber*innen. Wir beteiligten uns an Aktionen streikender Arbeiter*innen und haben gegen das „Nationalstaatsgesetz“ protestiert, das die arabisch-palästinensischen Bürger*innen Israels diskriminiert.

Standing Together bringt Aktivist*innen zusammen, die in verschiedenen linken Parteien engagiert sind, sowie viele Menschen, vor allem Jugendliche und Studierende, die durch unsere Bewegung zum ersten Mal politisiert und radikalisiert wurden. Wenn wir an die wachsende Zahl unserer Mitglieder denken, für die Politik nun zu einem Aspekt ihres täglichen Lebens geworden ist, kann man verstehen, warum unser Bewegungsmotto ist: „Wo ein Kampf stattfindet, da ist auch Hoffnung!“

Denn wenn Hunderte Israelis und Palästinenser*innen Seite an Seite an Demonstrationen für die Freiheit teilnehmen, schaffen sie Hoffnung.

Wenn sie gemeinsam die gleichen Schilder halten und die gleichen Parolen auf Hebräisch und Arabisch rufen – für ein friedliches Leben, für Gerechtigkeit und Unabhängigkeit für beide Völker –, gestalten sie diese Zukunft und bringen sie näher.

Auszug aus einer Rede von Uri Weltman in Jerusalem, 2018.

Uri Weltmann ist der National Field Organizer von Standing Together. Er lebt in Tel Aviv und war zuvor als Lehrer tätig. Er ist aktiv in der Friedensbewegung und in der Bewegung für LGBT-Rechte. Die 2015 gegründete Graswurzelinitiative “Standing Together” verfolgt das Ziel, auf Grundlage der Prinzipien Frieden, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit eine breite jüdisch-arabische Bewegung aufzubauen. Ihre Aktivist*innen vertreten eine holistische Weltanschauung und sind sich der Wechselwirkungen zwischen der militärischen Besatzung der Palästinensergebiete, der wachsenden sozialen und ökonomischen Ungleichheit in Israel sowie den Angriffen der Regierung auf demokratische Freiheiten und auf die arabisch-palästinensische Minderheit bewusst.



**Protest von Standing Together gegen
die Regierung von Netanyahu, 2017.
Foto: Privat**

COMBATANTS FOR PEACE – KÄMPFER FÜR DEN FRIEDEN

Es geht darum zu handeln

Eines Tages war ich in Ramallah und erzählte vor Palästinenser*innen meine Geschichte. Ein Zuhörer fragte mich direkt: „Bitten Sie uns darum, Ihnen zu verzeihen?“

Ich sagte: „Nein, weder verzeihe ich mir selbst, noch bitte ich um Verzeihung.“

Beim Erzählen meiner Geschichte geht es mir nicht darum, um Verzeihung zu bitten, sondern darum, Verantwortung zu übernehmen. Es geht hierbei nicht nur um Worte und Emotionen – es geht darum, zu handeln.

Ich werde Verzeihung mir selbst gegenüber nur erfahren, indem ich Allianzen mit Palästinensern in einem gewaltlosen Kampf gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung schaffe. Israelis müssen Verantwortung für die Nakba von 1948 übernehmen, genauso wie Palästinenser Verantwortung für den Wahnsinn der Selbstmordattentate übernehmen müssen.

Auszug aus einer Rede von Chen Alon, 2018.

Chen Alon ist einer der Mitbegründer von Combatants for Peace und war als Soldat in den besetzten Gebieten stationiert. Die binationale Bewegung wurde von Palästinenser*innen und Israelis 2005 ins Leben gerufen. Die Gründer waren auf beiden Seiten aktiv am Kreislauf der Gewalt beteiligt und arbeiten jetzt zusammen, um diesen zu durchbrechen. Die „Kämpfer für den Frieden“ sind Anhänger eines gewaltfreien Aktivismus. Gewaltfreiheit bedeutet für sie jedoch nicht Passivität, sondern vielmehr eine andere Form des Kampfes, die darauf abzielt, die politische Realität zu ändern. Den Kern der Bewegung machen binationale lokale Aktivistengruppen aus, die in verschiedenen Gebieten der Westbank und in Israel tätig sind. Zu ihren Aktivitäten gehören Führungen durch die besetzten Gebiete, bei denen Israelis einen Einblick in den Alltag unter Besatzung erhalten, sowie gemeinsame Protestaktionen und Friedenskundgebungen, die Israelis und Palästinenser*innen zusammenbringen. Bei ihrer „alternativen israelisch-palästinensischen Gedenkfeier“, die jährlich am Vorabend des offiziellen Gedenktags in Israel zur Erinnerung an die gefallenen israelischen Soldaten und Opfer des Terrorismus in Tel Aviv stattfindet, halten sowohl Israelis als auch Palästinenser*innen Reden und berichten von ihren persönlichen Erlebnissen. Viele tausend Menschen nehmen jedes Jahr daran teil.



**Aktivist von Combatants for Peace auf einer
Demonstration gegen die Besatzung, Westbank 2016.
Foto: Activestills**

BREAKING THE SILENCE – DAS SCHWEIGEN DURCHBRECHEN!

Die Zeugenaussagen vom letzten Gaza-Krieg im Jahr 2014, die unserer Organisation vorliegen, zeichnen ein Bild von wahllosem Beschuss, das zum Tod unschuldiger Zivilist*innen geführt hat. Die Einsatzregeln zeigen das ethische Versagen, das ganz oben in der Befehlskette beginnt. Als Offizier*innen und Soldat*innen wissen wir, dass interne Ermittlungen des Militärs aber eher die einfachen Soldat*innen zu Sündenböcken für dieses Versagen machen. Die Öffentlichkeit muss wissen, auf welche Missionen ihre Söhne geschickt werden und nach welchen Normen die Armee in ihrem Namen handelt. Wir rufen zu unabhängigen Ermittlungen auf, die die ausgegebenen Einsatzregeln und die Normen und Werte hinter dieser Strategie untersuchen.

Auszu aus einer Stellungnahme von Yuli Novak, 2016.

Yuli Novak – ist die ehemalige Direktorin von Breaking the Silence. Diese Organisation israelischer Reservisten, die als Soldaten die Besatzungsrealität – von struktureller Repression über die stille Kooperation mit extremistischen jüdischen Siedler*innen bis hin zu alltäglichen Schikanen – erlebt haben, will das Schweigen darüber in der israelischen Gesellschaft brechen. Die alltäglichen Erniedrigung in den palästinensischen Gebieten soll öffentlich gemacht und die israelische Gesellschaft aufgerüttelt werden. Seit ihrer Gründung 2004 hat Breaking the Silence mithilfe vieler Freiwilliger mehr als 1000 Zeugenaussagen israelischer Soldat*innen gesammelt, die in den besetzten Gebieten Dienst leisten.



**Tour von Breaking the Silence in Hebron, 2014.
Foto: Activestills**

DIE EU UND ISRAEL

Nachwort

NORA SCHÜTTPELZ

Was kann die Europäische Union tun, um bei der Bewältigung der in diesem Heft aufgezeigten Konflikte behilflich zu sein? Wenig, meinen die einen, denn Innenpolitik sei Sache eines jeden Staates, zu festgefahren die Lage. Viel, sagen andere, denn als Wirtschaftsmacht, Ursprungsort von Demokratie und mit der unfriedlichen Geschichte zahlreicher ihrer Mitgliedstaaten trage sie Verantwortung und verfüge über entsprechende Hebel.

Fakt ist: Die Beziehung zwischen der EU und Israel ist in den vergangenen Jahrzehnten stets enger geworden. Heute, auf der Basis des 1995 abgeschlossenen Assoziierungsabkommens, ist sie eine der engsten und am weitesten entwickelten Partnerschaften, die die Union weltweit mit einem Drittstaat hat. Es gibt regen Austausch in Tourismus, Kultur und Transport, Wissenschaftskooperation, Handel, aber durchaus auch Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen. Zugleich steht die EU insbesondere der Besatzungspolitik Israels viel kritischer gegenüber als die politische Elite der USA. Die Entscheidung der US-Regierung, ihre Botschaft nach Jerusalem zu verlegen, fand kein zustimmendes Echo in Europa, und gegen die Widerstände der Trump- wie der Netanjahu-Regierung bleibt die Erhaltung des Atom-Abkommens mit dem Iran eine Priorität der EU-Außenpolitik.

Unterschiedliche Interessenlagen der EU-Mitgliedstaaten – sei es in Bereichen wie Sicherheits-, Technologie- oder Energiekooperation, sei es aufgrund unterschiedlicher geschichtlicher, kultureller oder tagesaktueller politischer Gründe und Allianzen – erschweren mitunter ein geeintes konsequentes Auftreten in politischen Streitfragen mit Israel. Im Europäischen Parlament findet dies ebenfalls Niederschlag, oft quer durch politische Fraktionen und Parteien hindurch. Und doch ist das Europaparlament nicht zuletzt aufgrund des Engagements seiner linken Mitglieder Ort öffentlicher kritischer Auseinandersetzung und Positionen-Bildung.

In jeder seiner Entschlüsse zur Politik im Nahen Osten betont es das Ziel der Lösung des Israel-Palästina-Konflikt im Rahmen einer „Zwei-Staaten-Lösung mit einem unabhängigen, demokratischen, lebensfähigen und zusammenhängenden Staat Palästina, der Seite an Seite in Frieden und Sicherheit mit dem Staat Israel lebt mit Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten“. Im Dezember 2014 sprach sich die große Mehrheit

der EU-Parlamentarier für die Anerkennung eines Palästinenserstaates aus und folgte damit einer Anzahl nationaler Parlamente, die bereits zuvor dieses politische Zeichen gesetzt und von ihren Regierungen die Anerkennung des Staates Palästina gefordert hatten. Doch bindet es daran die dringende Mahnung zu Friedensgesprächen über einvernehmliche Lösungen und zur Beendigung von Gewalt auf beiden Seiten.

In mehreren Protestbeschlüssen wandte sich das EU-Parlament gegen die Zerstörung von Beduinendörfern wie das in Khan Al-Ahmar und gegen die Zerstörung von mit Unterstützung von EU-Mitteln gebauter Infrastruktur. Jedes Jahr aufs Neue engagiert es sich für die Aufstockung von Hilfsgeldern für das UN-Flüchtlingshilfswerk UNRWA, dessen Arbeit aktuell durch die Einstellung der Zahlungen aus den USA massiv gefährdet ist.

Die Einhaltung der Menschen- und Bürgerrechte in den EU-Partnerländern ist ein besonderes Anliegen des Europaparlaments. Israel ist dabei weder in die eine noch die andere Richtung eine Ausnahme und so fordert auch hier das EP, dass alle Bürger des Staates gleiche Rechte genießen. Alle Partnerschaftsverträge der EU mit Drittstaaten, so auch das genannte Assoziierungsabkommen, enthalten folgenden Artikel: „Die Beziehungen zwischen den Parteien sowie die Bestimmungen des Abkommens selbst beruhen auf der Achtung der Menschenrechte und der demokratischen Grundsätze, die ihre Innen- und Außenpolitik leitet und ein wesentliches Element dieses Abkommens ist“. Es ist sinnvoll, sich und den Partnerstaat dieses oft erwähnten, aber selten vollständig zitierten Passus zu erinnern. Übrigens: 2014 beschloss das EP auch, eine Initiative „Parlamentarier für den Frieden“ ins Leben zu rufen, die Europaabgeordnete mit Kolleg*innen aus Israel und Palästina parteiübergreifend zusammenbringen soll. Noch scheint diese Initiative nicht über den Beschluss hinausgekommen zu sein. Doch nachdem die GUE/NGL in den vergangenen Jahren nicht nur ihre langjährige Solidarität mit Palästinensern ausgebaut hat, sondern eben auch engere Verbindungen mit Partnern in Israel erarbeiten konnte, könnte die Initiative für die Linke in Europa ein Projekt in der neuen Legislaturperiode werden.

Nora Schüttpelz ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet seit 2004 im Europäischen Parlament.





Martina Michels, MdEP

Diplom-Philosophin

Geboren am 02.12.1955 in Berlin, 2 Töchter

1991 – 2013 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Seit 2013 Mitglied des Europäischen Parlaments

Parlamentarische Gremien in der Legislaturperiode 2014 – 2019

Ausschuss für regionale Entwicklung

Ausschuss für Kultur und Bildung

Delegation für die Beziehungen zu Israel

Delegation für die Beziehungen zur Türkei

Parlamentarische Arbeitsgruppe gegen Anti-Semitismus

Mitwirkendes Mitglied des Europaausschusses im Deutschen Bundestag

Schatzmeisterin der Delegation der LINKEN. im Europaparlament



www.dielinke-europa.eu

IMPRESSUM

Herausgegeben von der Delegation DIE LINKE im
Europaparlament, Konföderale Fraktion der Vereinten
Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke

GUE/NGL
www.guengl.eu

V.i.S.d.P. Martina Michels, MdEP
www.martina-michels.de

Büro Brüssel:
Europäisches Parlament
WIB 03M033
Rue Wiertz 60
B-1047 Brüssel
Tel: +32 228 45834
Fax: +32 228 49834
martina.michels@ep.europa.eu

Büro Berlin:
Europabüro Martina Michels, MdEP (DIE LINKE)
Unter den Linden 50
D-10117 Berlin
Tel: +49 30 227 71406
Fax: +49 30 227 76819
europabuero.dielinke@bundestag.de

Redaktion: Yossi Bartal, Nora Schüttpelz
Layout und Gestaltung: Schroeter und Berger, Daniel Ziethen
Druck: Hinkelsteindruck, Berlin
Projektmanagement: Nora Schüttpelz
Auflage: 1500 Stück
Redaktionsschluss: 17. Oktober 2018



Massenproteste
für soziale Gerechtigkeit.
Tel Aviv 2011.
Foto: Activestills.